

An
den Abgeordneten zum Nationalrat
Herr [REDACTED]

Per E-Mail: [REDACTED]

Wien, am 16. Juni 2010

Gefährdung des dualen Rundfunkmarkts in Österreich durch die anstehende Beschlussfassung des Nationalrats zum neuen ORF-Gesetz

Sehr geehrter Herr [REDACTED]

nie waren die ORF-Gebühren höher als heute: Pro Haushalt sind bis zu 23,71 € pro Monat zu zahlen. Für den ORF bedeutet das Gebühreneinnahmen von über einer halben Milliarde € pro Jahr. Zusätzlich erlöst der ORF im Werbemarkt weit mehr als 200 Millionen € pro Jahr. In Summe stehen dem ORF damit **mehr als drei Mal so viel Finanzmittel** zur Verfügung wie allen privaten Radio- und Fernsehsendern in Österreich zusammen.

In ökonomischer Hinsicht ergibt sich aus dieser Mischfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine **gravierende Wettbewerbsverzerrung**, die ein nachhaltiges und erfolgreiches Arbeiten für die österreichischen Privatsender außerordentlich erschwert.

Doch mit dem neuen ORF-Gesetz soll dieses Ungleichgewicht noch weiter verschärft werden. Danach soll der ORF sogar **noch mehr Gebühren** aus dem Staatshaushalt bekommen: **Plus 160 Millionen €** in den nächsten vier Jahren.

Außerdem soll der ORF - trotz Gebühren! - **noch mehr Werbung** spielen dürfen! Product Placement – eine Werbeform, die mit dem öffentlich-rechtlichen Auftrag kaum vereinbar ist – wird liberalisiert. Bei Sportübertragungen wird es mehr Werbemöglichkeiten für den ORF geben. Zudem wird sogar darüber nachgedacht, dem ORF die regionalen Werbemärkte zu öffnen, indem man regionale Werbung in „Bundesland Heute“ erlauben will.

Diese Erleichterungen für den ORF – insbesondere die **Einführung von regionaler TV-Werbung für den ORF!** – wäre für Dutzende regionale Medien eine **massive Existenzbedrohung!**

Für die als Begründung meist herangezogene „Absicherung der Landesstudios des ORF“ sind keine zusätzlichen Finanzmittel von außen notwendig. Diese kann alleine durch interne Restrukturierungsmaßnahmen und durch die mehr als ausreichende Ausstattung des ORF mit Finanzmitteln in Höhe von fast 900 Millionen € pro Jahr erreicht werden.

VERBAND
ÖSTERREICHISCHER
PRIVATSENDER

Wipplingerstr. 15/TOP 5
A-1013 Wien

Tel.: 01/5337979-135

office@voep.at
www.voep.at

ZVR 779972918

Bankverbindung:
Konto: 644.096
BLZ: 32.000

In Zeiten, in denen Bürger wie Staat sparen müssen, ist nicht nachzuvollziehen, warum man dem ORF zusätzliche 160 Millionen € aus dem Staatshaushalt zukommen lässt, ohne ihn im Werbemarkt weiter zu beschränken.

In einer **gemeinsamen Aktion aller österreichischen Radio- und Fernsehsender** haben wir in den letzten Tagen auf diese Probleme hingewiesen. Gleichzeitig haben wir unsere Hörer/innen und Seher/innen eingeladen, uns in dieser Thematik zu unterstützen. Die Resonanz ist enorm.

In nur acht Tagen haben über 9.000 Menschen eine entsprechende Petition (siehe Attachment) unterzeichnet, davon über 8.500 über die Webseite www.nein-zum-orf-gesetz.at und mehr als 600 per Fax bzw. Post.

Zusätzlich haben 9.400 Menschen ihre Unterstützung über die eigens eingerichtete Facebookseite „NEIN zu mehr Werbung im ORF! NEIN zum ORF-Gesetz“ erklärt.

Wenn Sie, sehr geehrter Herr [REDACTED] trotz alledem dem vorgeschlagenen ORF-Gesetz im Nationalrat zustimmen, eventuell sogar der Einführung von regionaler TV-Werbung für den ORF, dann **setzen Sie den dualen Rundfunkmarkt in Österreich aufs Spiel!**

Bitte sorgen Sie dafür, dass zwischen ORF und Privatsendern faire Wettbewerbsbedingungen hergestellt werden, indem Sie das ORF-Gesetz im Hinblick auf die von uns angesprochenen Kritikpunkte erneut überprüfen lassen und es in der nächsten Sitzung nicht ohne weitere Kritik beschließen!

Wir hoffen auf Ihr Verantwortungsgefühl als Nationalratsabgeordnete und danken Ihnen im Voraus für Ihre kritische Reflexion dieses Themas. Selbstverständlich stehen wir Ihnen jederzeit gerne für weitere Erläuterungen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Dr. Klaus Schweighofer

Vorstandsvorsitzender
(für den Bereich Privatradio)



Mag. Markus Breitenecker

stv. Vorstandsvorsitzender
(für den Bereich Privat-TV)



Dipl.Kffr. Corinna Drumm

Verbandsgeschäftsführung

VERBAND
ÖSTERREICHISCHER
PRIVATSENDER

Wipplingerstr. 15/TOP 5
A-1013 Wien

Tel.: 01/5337979-135

office@voep.at
www.voep.at

ZVR 779972918

Bankverbindung:
Konto: 644.096
BLZ: 32.000